

Einige große Bäume müssen gefällt werden

Nachpflanzungen im ganzen Stadtgebiet

Schorndorf. Gefällt werden in diesen Tagen im Stadtgebiet nicht nur kleinere Bäume, die die große Hitze und die Trockenheit der vergangenen beiden Sommer nicht überstanden haben, sondern auch große Bäume, die trotz intensiver Betreuung und Pflege zu großen Schaden genommen haben: Im Freibad Schlichten sind zwei Nussbäume von einem holzeretzenden Pilz befallen und werden durch Tulpenbäume ersetzt. Ein mehrstämmiger Ahorn auf dem Neuen Friedhof sowie eine Linde im Lindenweg haben so ausgedehnte Fäulnis im Wurzelbereich, dass ihre Standsicherheit nicht mehr gegeben ist. Auf dem Rasensportplatz Weiler wurden bei Bauarbeiten die Wurzeln einer Buche so stark beschädigt, dass Teile der Krone abgestorben sind und der Baum nicht mehr lebensfähig ist. Der Nussbaum am Wengertplatz in Schornbach sieht zwar noch grün aus, wegen einer ausgedehnten Fäulnis im Stammkopf ist er aber nicht mehr verkehrssicher. Als Ersatz, kündigt die Stadtverwaltung an, werden im gesamten Stadtgebiet Bäume nachgepflanzt.

Kompakt

Gefängnispfarrerin bei „Stadtkirche am Abend“

Schorndorf. Umgang mit Schuld ist für jede Gesellschaft eine Herausforderung. Der Umgang mit Straftätern ebenfalls. Am Sonntag, 10. November, ist Gefängnispfarrerin Susanne Büttner zu Gast in der Abendgottesdienstreihe „Stadtkirche am Abend“. Sie gewährt Einblicke, wem sie in den Gefängnissen begegnet. Und sie wird davon erzählen, was es für sie heißt, das Evangelium zu leben. Zentrale Fragen stellen sich: nach Freiheit und Gerechtigkeit, nach Schuld und Vergebung, nach der Verantwortung für sein Tun. Wo gibt es Räume für Reue und Neuanfänge nicht nur in den Gefängnissen, sondern in unserer Gesellschaft überhaupt? Wie gehen Christen mit dem Auftrag um, nach Wegen der Versöhnung zu suchen? Der Jazzposaunist Eberhard Budziat wird mit seinem Duopartner den Abend musikalisch gestalten. Wie immer eröffnet eine kleine Liturgie den Raum für gemeinsames Singen, Beten und Tun. Die Gesamtleitung liegt in den Händen von Pfarrerin Dorothee Eisrich. Beginn ist um 19 Uhr in der Stadtkirche. Im Anschluss gibt es bei einer kleinen Bewirtung Zeit für Begegnungen und Gespräche.

Martinsmusical und Laternenumzug

Schorndorf. Zum Martinsfest am Sonntag, 17. November, lädt die katholische Kirchengemeinde ein: Beginn ist um 17 Uhr mit einem Martinsmusical auf dem Marktplatz – mit Sankt Martin hoch auf dem Pferd. Im Anschluss daran ziehen die Kinder mit ihren Laternen durch die Stadt bis zur Heilig-Geist-Kirche, wo die Geschichte weitererzählt wird. Ein Fest auf dem Vorplatz der Heilig-Geist-Kirche schließt den Gedenktag des Heiligen Martin ab.

Unbefugt einen Quittenbaum abgeerntet

Schorndorf. Auf einem Grundstück im Röhrachweg wurde zwischen Montagabend, 18 Uhr, und Dienstag, 14.30 Uhr, ein Quittenbaum unbefugt abgeerntet. Der Dieb muss hierfür eine Leiter benutzt haben. Das Grundstück ist frei zugänglich und das angrenzende Reiheneckhaus derzeit unbewohnt. Der Eigentümerin entstand dadurch ein Schaden von etwa 60 Euro.

Auf Baumarkt-Parkplatz einen Audi beschädigt

Schorndorf. Beim Ausparken beschädigte ein Ford-Lenker am Mittwoch gegen 12.30 Uhr einen geparkten Audi auf dem Parkplatz eines Baumarktes und fuhr unerlaubt weiter. An dem Audi entstand ein Schaden von etwa 500 Euro. Ein Zeuge beobachtete den Vorfall. Die Ermittlungen zum Verursacher dauern an.

In Kürze

Schorndorf. Der Stammtisch der **Jahrgangsgemeinschaft 1946/47** im „Kesselhaus“ am Montag, 11. November, fällt aus.

EXTRA: Die Kultusministerin im Klassenzimmer



Von Depression keine Spur: Es gab durchaus auch etwas zu lachen beim Auftritt von Kultusministerin Susanne Eisenmann in einem Klassenzimmer der Gottlieb-Daimler-Realschule.

Foto: Palmizi

Bildungspolitischer Offenbarungseid

Susanne Eisenmann steht Lehrern und Eltern tapfer Rede und Antwort und räumt zahlreiche Fehler und Versäumnisse ein

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED
HANS PÖSCHKO

Schorndorf.

„Immer mehr Schüler sind nicht so beschult, wie sie es eigentlich sein müssten“, sagte Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann irgendwann einmal im Gespräch mit Lehrern, Schülern und Elternvertretern der Gottlieb-Daimler-Realschule und des Max-Planck-Gymnasiums. Überhaupt räumte die Ministerin im Lauf von eineinhalb Stunden so viele Fehler und Versäumnisse und so viel Korrekturbedarf ein, dass ihr Auftritt ungeachtet ihrer guten Laune und ihres mutigen Auftretens nur als bildungspolitischer Offenbarungseid bilanziert werden kann.

Die offenen Lehrerstellen und der daraus resultierende Unterrichtsausfall – „da ist einfach falsch gerechnet worden“. Die komplette Aufgabe der verbindlichen Grundschulempfehlung – ein Fehler. Der Qualitätsverlust an den Schulen – ein bis heute nicht aufgearbeitetes Versäumnis des Bildungsplans von 2004, in dem nur noch von „Kompetenzen, Kompetenzen, Kompetenzen“ die Rede war und zu viel von dem, was eigentlich gelernt werden sollte, „dem

freien Spiel der Kräfte überlassen“ wurde. Die Verwässerung der Realschule durch die Möglichkeit, dort auch den Hauptschulabschluss machen zu können – „wir müssen was machen, ich weiß aber nicht was“. Die vor allem auch für viele Schulleitungen unklaren Verwaltungsabläufe – „da müssen wir klarer und berechenbarer werden“. Die zentrale Bildungsplattform „Ella“ (elektronische Lehr- und Lernassistenz) – „da sind wir krachend gescheitert, das ist peinlich für ein Land der Dichter und Denker“. Der immer stärker werdende Drang aufs Gymnasium zuzulasten der beruflichen Bildung – „da ist uns etwas verlorengegangen“. Die möglicherweise zu starke Ausdifferenzierung des Schulsystems und die ständigen Strukturformen – „das haben andere wie etwa Sachsen mit seinem zweigliedrigen Schulsystem und Bayern, das keine dieser Schulstrukturdiskussionen mitgemacht hat, besser gemacht“.

Qualitätsverlust: „Wir müssen definieren, was man können muss“

Der Reihe nach: „Es war sicher nicht die klügste Entscheidung, die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung ganz abzuschaffen“, sagte die Ministerin, die ja auch Spitzenkandidatin der CDU für die Landtagswahl 2021 ist, mit Blick darauf, dass seither bei der Schulwahl immer öfter, „der Wunsch der Vater des Gedankens“ sei, was sich daran zeige, dass seither rund zehn Prozent mehr Schüler aufs Gymnasium gingen als vorher. Mit der Folge, wie eine Elternvertreterin aus dem Max-Planck-Gymnasium anmerkte, dass immer mehr Schüler – „und zwar nicht unbedingt solche aus sozial schwachen Familien“ – auf Nachhilfeunterricht angewiesen seien. Während Susanne Eisenmann als Ursache „eine Mischung aus Nervosität und überzogener Sorge“ vermutet, hatte die Elternvertreterin noch eine andere mögliche Erklärung parat: eine Unsicherheit, basierend auf dem Fehlen klarer inhaltlicher Lehr- und Lernvorgaben, was dann schon in der Grundschule zu Auswüchsen wie dem mittlerweile wieder verpönten „Schreiben nach Gehör“ führt. Ein bedenkenswertes Argument, räumte die Ministerin ein – und ebenso einen über Jahre hinweg schleichenden Qualitätsverlust. Während zum Beispiel in Baden-Württemberg in Mathe in Gymnasial-

klasse 6 bei der Berechnung von Körpern und Volumina im Lehrplan nach wie vor nur „ein Gefühl von Maß und Körper“ verlangt werde – „Ich habe immer mit einem Gefühl für Maß und Körper gearbeitet“, scherzte die Germanistin Susanne Eisenmann –, werde im bayrischen Bildungsplan erwartet, dass die Schüler tatsächlich das Berechnen solcher Körper erlernten. „Wir müssen definieren, was man können muss“, sagte die Kultusministerin mit Verweis darauf, dass gerade an einem Grammatikrahmen für den Deutschunterricht gearbeitet werde.

Lehrermangel: Im übernächsten Schuljahr wird alles besser

So oder so freilich wird's schwierig, wenn Lehrer fehlen und ständig Unterricht ausfällt. „Wir haben nicht zu wenig Stellen oder zu wenig Geld, wir haben ganz einfach zu viel offene Stellen“, sagte die vom Förderkreis der Gottlieb-Daimler-Realschule für dieses besondere Format in einem Klassenzimmer nach Schorndorf geholte Susanne Eisenmann und räumte eine „stark auf Kante genähte“ Situation ein, die sich im kommenden Schuljahr etwas entspannen werde, bevor im übernächsten dann „der Peak überschritten“ sei. Als Erfolg immerhin verbucht die Ministerin den Versuch, angehende Gymnasiallehrer/-innen mit der Fächerkombination Deutsch plus x, bei denen es einen Überhang gibt, zumindest vorübergehend für die Grundschule zu gewinnen – verbunden mit der Zusage, dass sie nach drei Jahren fest in den gymnasialen Schuldienst übernommen werden. Knapp 300 hätten sich auf dieses Angebot eingelassen, und das Erstaunliche sei, dass fast die Hälfte an der Grundschule bleiben wolle. Jetzt sei dieser Versuch auch für die Realschulen geöffnet worden, auch da gebe es großes Interesse.

Hauptschulabschluss an der Realschule: Vielleicht ein Fehler

Nicht widersprechen wollte die Kultusministerin auch einer Mutter von drei Realschulkindern, die gerade erlebt, wie schwierig sich die Organisation einerseits der neu eingeführten Orientierungsstufe in den Klassen 5 und 6 (mit anschließender Diffe-

renzierung in zwei Leistungsstufen) gestaltet und welchen personellen und organisatorischen Mehraufwand es bedeutet, jetzt auch Realschülern den Hauptschulabschluss zu ermöglichen. „Wir müssen das was machen, ich weiß aber noch nicht, was“, sagte die Ministerin, die den Wunsch vieler Eltern, dass Realschule drin ist, wenn außen Realschule draufsteht, durchaus nachvollziehen kann, zumal die Gefahr bestehe, dass andernfalls noch mehr Kinder aufs Gymnasium geschickt würden – „und dann kommt alles ins Rutschen“. „War's ein Fehler, den Hauptschulabschluss auf der Realschule anzubieten?“, fragt sich Susanne Eisenmann mittlerweile selber, wohl wissend, dass eine Rücknahme dieser Entscheidung wieder eine Schulstrukturdiskussion bedeuten würde. Und dabei, so Eisenmann, „wollte ich doch Ruhe in die Schullandschaft bringen“. Für „nicht praktikabel“ hält die Kultusministerin, die das böse Wort von der Realschule als (möglicher) neuer „Resteschule“ nur einmal ganz beiläufig in den Mund genommen hat, den Vorschlag einer Elternvertreterin aus dem Max-Planck-Gymnasium, die Orientierungsstufe an den Realschulen wieder abzuschießen und durch einen Eingangstest zu ersetzen, nach dem die Schüler von vornherein in unterschiedliche Klassen kommen könnten. Was aus Sicht der Ministerin schon deshalb nicht funktionieren könnte, weil es einmal nur drei und dann wieder 20 Schüler wären, die auf dem sogenannten grundlegenden Niveau (G-Niveau) unterrichtet werden müssten – im Gegensatz zum mittleren Niveau (M-Niveau), das dem klassischen Realschul-Niveau entspricht.

„Wir haben die Stabilität im Schulsystem irgendwann verloren“

In diesem Zusammenhang legte Susanne Eisenmann einerseits ein klares Bekenntnis zu einem differenzierten Schulsystem ab – vorausgesetzt, die Durchlässigkeit und die erforderliche Klarheit seien gegeben – und räumte andererseits eine gewisse Unsicherheit ein, die umso ausgeprägter sei, je mehr alle Schulen alles anbieten wollten. Was mit Blick auf den Hauptschulabschluss in der Realschule heißt: „Besser wär's, wir hätten gar nicht damit angefangen.“ Und deshalb kommt's, wie die Ministerin auf die Frage einer Lehrerin deutlich machte, auch nicht infrage, dass demnächst auch Gymnasien den Realschulabschluss anbieten. Mit Blick auf Sachsen mit seinem zweigliedrigen Schulsystem, bestehend aus Gymnasium und Mittelschule, sagte Susanne Eisenmann: „Letztlich ist nicht die Menge der Schularten entscheidend, sondern die Stabilität, und die haben wir in Baden-Württemberg irgendwann verloren.“ Im Gegensatz, wie die Kultusministerin zugeben musste, etwa auch zu Bayern, das sich in der Vergangenheit allen Schulstrukturdiskussionen erfolgreich verweigert habe.

Viel – in diesem Ausmaß durchaus außergewöhnliche – Selbstkritik also, die auch nach Lob verlangte, für das eine Ministerin, wie sie eingangs gesagt hatte, natürlich auch empfänglich ist. Zuständig dafür waren zwei Parteifreunde, der Landtagsabgeordnete Claus Paal und der Vorsitzende des Förderkreises der Daimler-Realschule und der Schorndorfer Senioren-Union, Helmut Topfstedt, denen vor allem die auch in dieser Veranstaltung zu spürende Leidenschaft der Ministerin Hoffnung gibt, dass sich in der baden-württembergischen Bildungspolitik doch noch alles zum Guten wendet. Helmut Topfstedt formulierte es sogar noch etwas optimistischer: „Bei so einer Ministerin muss uns vor der Zukunft unserer Schulen nicht bang sein.“